

Die wahre Angst des Westens: Eine vereinte muslimische Welt

(Übersetzt)

In einem jüngst geführten Interview mit Sean Hannity auf Fox News belebte der US-Außenminister, Marco Rubio, die altbekannte Rhetorik vom sogenannten „*radikalen Islam*“, expansionistischen Kalifaten und vermeintlichen Bedrohungen für den Westen neu. Seine Kommentare spiegeln nicht nur die zwei Jahrzehnte alte Post-9/11-Narrative wider, sondern offenbaren etwas viel Tieferes: die unterschwellige Angst des Westens vor einer mächtigen, geeinten muslimischen Welt.

Hannity rahmte seine Fragen im Kontext der von Trump propagierten „*America First*“-Doktrin ein. Um die Antwort von Rubio zu verstehen, muss man sich die neokonservative Ära der 2000er Jahre ins Gedächtnis rufen, als die US-Außenpolitik vornehmlich noch aus Invasionen, Regimewechsel, *Nation Building* und der „Demokratisierung“ des Nahen Ostens bestand. All dies geschah – und geschieht noch immer – unter dem Deckmantel der Förderung einer liberalen Weltordnung. In Wahrheit aber dient es dazu, den globalen Einfluss der USA auszuweiten und das zionistische Projekt sowie dessen regionale Vorherrschaft abzusichern.

Amerika investierte Billionen US-Dollar in den Irak und Afghanistan, nur um festzustellen, dass man in einer Sackgasse gelandet war – gezeichnet von Demütigung und einem durch endlose Kriege ruinierten globalen Ruf. Dennoch spiegelt die heutige MAGA-Rhetorik, trotz ihres Anspruchs, den Neokonservatismus der Bush-Ära abzulehnen, dieselbe Logik wider: Angst vor dem Islam, Angst vor „expansionistischen“ muslimischen Staaten, das Gerede von Massenvernichtungswaffen, die Dämonisierung geopolitischer Rivalen und die manipulative Erzeugung öffentlicher Zustimmung für Interventionen. Die jüngste Wortwahl bezüglich Venezuelas, dessen Regierung mit „*Narko-Terroristen*“ in Verbindung gebracht wurde, die angeblich mit dem „*radikalen Islam*“ paktieren, ist ein perfektes Beispiel für neokonservative Botschaften unter neuem Branding, aber mit denselben imperialen Ambitionen.

Rubio betreibt Panikmache, indem er den „*radikalen Islam*“ als eine revolutionäre Kraft darstellt, die auf Weltherrschaft aus sei. Er behauptet: „*Sie werden sich niemals mit ihrem eigenen kleinen Kalifat zufrieden geben (...) Sie wollen expandieren (...) mehr Territorium kontrollieren (...) Sie zielen auf den Westen ab, auf die USA, auf Europa (...)*“ Dabei verschließt er die Augen vor der Heuchelei des amerikanischen Imperialismus, der über 750 Militärstützpunkte weltweit unterhält, Tausende Soldaten in Japan, Südkorea, Deutschland, Italien und der muslimischen Welt stationiert hat und weiterhin die territoriale Expansion des zionistischen Gebildes unterstützt, das im Kern als vorgeschobener Stützpunkt Amerikas im Herzen der muslimischen Welt fungiert.

In der gesamten muslimischen Welt richtet sich der Widerstand gegen die US-Macht konsequent gegen deren Außenpolitik, die autoritäre Regime installiert oder stützt, Putsche inszeniert, muslimische Länder besetzt und bombardiert, Wirtschaftssanktionen verhängt, sich in fremde Regierungsangelegenheiten einmischt, den Säkularismus aufzwingt und sich dem Islam entgegenstellt. Die kumulativen Auswirkungen dieser Politik sind in Afghanistan, dem Irak, Libyen, Pakistan, Palästina, Somalia, dem Sudan, dem Jemen und darüber hinaus sichtbar. Tausende wurden getötet, Millionen vertrieben; zerstörte Infrastruktur und wirtschaftlicher Kollaps sind keine abstrakten Begriffe, sondern gelebte Realitäten. Den Widerstand gegen solche Zustände als Feindseligkeit gegenüber der „Freiheit“ zu framen, ist nichts als wahnhaftes Selbstverherrlichung.

Widerstand gegen das Kalifat

Seit über einem Jahrhundert zielt die strategische Doktrin des Westens konsequent darauf ab, das Wiedererstarken einer vereinten islamischen politischen Autorität in Form eines Kalifats zu verhindern. Dieser Widerstand wurzelt nicht etwa in kulturellem Unbehagen oder Sorge vor Radikalismus. Vielmehr wird er von geopolitischen, wirtschaftlichen und ideologischen Realitäten getrieben. Das Kalifat fungierte historisch als Großmacht. Erst dessen Zerstörung ermöglichte die westliche Vorherrschaft über die muslimische Welt. Die Wiedererrichtung des Kalifats bedroht die aktuelle Weltordnung durch seine strategische Geografie, seine gewaltigen Ressourcen, seine Bevölkerungsgröße und seine ideologische Unabhängigkeit.

Die autoritären Regime in der muslimischen Welt sind Teil des westlichen Plans, die Wiedererrichtung des Kalifats zu verhindern. Der Zorn der Massen gegen diese Regime speist sich nicht aus abstraktem Radikalismus, sondern aus der gelebten Erfahrung unter einer autoritären Herrschaft, die durch koloniale Kontrolle von außen aufrechterhalten wird.

In diesem Kontext ist die Sicht auf die USA als zerstörerische Kraft nicht das Produkt extremistischer Indoktrination, sondern der rationale Ausdruck anhaltender Unterdrückung. Die Kommentare von Rubio offenbaren die tiefsitzende Angst vor einer wahrhaft vereinten Umma. Sie verraten die Unruhe über die allmähliche Erosion der amerikanischen Hegemonie und die Möglichkeit, dass ein bedeutender zivilisatorischer Block seinen eigenen Kurs festlegt. Dies zu verstehen, ist essenziell. Die Panikmache über den „*radikalen Islam*“ und Sicherheitsbedrohungen dient in diesem Zusammenhang nicht dem Schutz der Bürger oder gar der Furcht vor der Religion. Es geht einzig und allein um den Erhalt eines Imperiums.

Die Wiedervereinigung der islamischen Umma und Hizb-ut-Tahrir

Die Wiedererrichtung des Kalifats ist kein „*radikaler Islam*“. Vielmehr ist sie integraler Bestandteil des Islam, der normativen Charakter besitzt. Das Kalifat ist die politische Führung der globalen islamischen Umma, die den Islam implementiert. Seine Errichtung ist eine Verpflichtung (*fard*), keine Option. Sein Nichtvorhandensein ist eine Sünde.

„Sie (die Gelehrten) stimmten (darin) überein, dass es für die Muslime eine Pflicht ist, einen Kalifen zu ernennen, und dass diese Pflicht durch die Offenbarung und nicht durch den Verstand begründet ist.“ (Imam An-Nawawī, Šarḥ Šaḥīḥ Muslim)

Hizb-ut-Tahrir steht seit Jahrzehnten an vorderster Front beim Bemühen, das Kalifat wiederzuerrichten und die Umma zu vereinen. Hizb-ut-Tahrir hebt sich als globale islamische politische Partei durch die Beständigkeit ihrer Vision und die Tiefe ihrer intellektuellen Fundamente ab. Seit ihrer Gründung im Jahr 1953 in *Al-Quds* (Jerusalem) trat Hizb-ut-Tahrir mit einem klaren Ziel an und entwickelte detaillierte Ausarbeitungen über die Struktur des Kalifats, seine Verwaltungsmechanismen, seine wirtschaftlichen, juristischen und politischen Systeme sowie einen Verfassungsentwurf.

Diese Werke wurden nicht als akademische Übungen oder philosophische Spekulationen verfasst, auch nicht als reine Apologetik gegenüber Islamkritikern. Vielmehr sind sie als praktischer Rahmen für eine klare, strukturierte Implementierung gedacht. Diese praktische Orientierung spiegelt eine zukunftsorientierte Vision wider – keine nostalgischen Ausflüge in die Vergangenheit, sondern das Vertrauen in die Fähigkeit des Islam, Lösungen für Gegenwart und Zukunft anzubieten. Unsere Vision ist das Wiedererwachen einer neuen Weltordnung, die auf Gerechtigkeit, Rechenschaftspflicht und göttlicher Rechtleitung gründet und in der Rückkehr des rechtgeleiteten Kalifats Gestalt annimmt, so Allah will.

Heute agiert Hizb-ut-Tahrir als globale politische Partei von Amerika bis Australien. In den unterschiedlichsten kulturellen und politischen Umgebungen hat sie ihre ideologische Konsistenz und methodische Disziplin gewahrt. Trotz Verfolgung, Restriktionen und medialer Marginalisierung in vielen Teilen der Welt hat die Partei ihre Botschaft mit Beharrlichkeit und Entschlossenheit artikuliert und mobilisiert mit gewaltfreien ideologischen und politischen Mitteln für die Errichtung des Kalifats in der muslimischen Welt.

«ثُمَّ تَكُونُ خِلَافَةً عَلَىٰ مِنْهَاجِ النَّبُوءَةِ»

„Sodann folgt ein Kalifat gemäß dem Plan des Prophetentums.“ (Musnad Aḥmad)

01. Raġab 1447 n. H.

Hizb-ut-Tahrir

21. Dezember 2025 n. Chr.

Amerika